



Nördlich Lägern
ohne Tiefenlager

Kundgebung LoTi am 19.11.2024 in Bülach

Gegen das Endlager für radioaktive Abfälle

Am 19. November 2024 reichte die Nagra das Rahmenbewilligungsgesuch für den Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle ein. Der Verein LoTi rief zu einer Kundgebung gegen dieses Vorhaben auf. Trotz stürmischen und regnerischen Wetters versammelten sich 80 bis 90 Personen zu einer friedlichen Veranstaltung. Alle Reden und Botschaften machen eines sehr deutlich: Das Vorgehen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle muss hinterfragt, der Umgang mit radioaktiven Abfällen muss neu gedacht werden. Denn eines ist klar: Sicher ist nur das Risiko. Als Überraschungsgastredner konnten wir den ehemaligen SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner begrüßen.

Zusammenfassung der Reden anhand der erhaltenen Redetexte

Martina Munz, SP-Nationalrätin aus dem Kanton Schaffhausen

Martina Munz legte dar, dass die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle die wichtigste Sicherheitsanforderung ist und deshalb im Kernenergiegesetz verankert wurde. Doch die Rückholung ist technisch kaum möglich und finanziell nicht tragbar! Wie sollen 20 Tonnen schwere Behälter aus 900 Metern Tiefe bei einem unvorhergesehenen Ereignis an die Oberfläche geholt werden? Sanierung und Wiedereinlagerung würden eine Kostensteigerung von hundert Milliarden Franken und mehr verursachen. Wie sollen künftige Generationen diese Kosten der Altlasten von heute aufbringen?

Wilma Willi, Kantonsrätin der Grünen

Wilma Willi ist Einwohnerin der Gemeinde Stadel. Sie betonte die enorme nationale Verantwortung, die der Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle für die Sicherheit künftiger Generationen bedeutet. Dies insbesondere, da noch viele Fragen unbeantwortet sind, etwa diejenige zur Ausbreitung von Radioaktivität im Grundwasser unterhalb der Opalinustonsschicht. Der Ausschuss der Kantone¹⁾ hatte die Klärung dieser Fragen noch vor der Eingabe des Rahmenbewilligungsgesuchs gefordert. Bisher gibt es dazu jedoch keine Antworten. Radioaktivität könnte bei den Thermalquellen in Zurzach oder den Mineralquellen in Eglisau früher an die Oberfläche gelangen als bisher angenommen. Wilma Willi fordert eine gründliche Überprüfung der hydrologischen Verhältnisse und einen verbindlichen Ausstiegsplan aus der Atomenergie.

Karin Joss, Co-Präsidentin des Vereins LoTi

Karin Joss erklärte, dass der Verein sich mit geologischen, sicherheitstechnischen und gesellschaftlichen Auswirkungen eines Tiefenlagers in der Region auseinandersetzt, sachlich und frei von Emotionen. Das nationale Problem der radioaktiven Abfälle soll in Stadel lokal gelöst werden. Dies wird Lärm, Verkehr und Veränderungen mit sich bringen – aber auch Geld, und Ideen, die die Standortattraktivität der Gemeinde und der Region erhöhen sollen. Dies ist jedoch reine Ablenkung vom Kernthema: Es gibt kaum Mitsprache für die Menschen in der

Region. Wir müssen Fragen stellen, auch wenn dies unbequem ist, wir müssen einander zuhören und unterschiedliche Meinungen aushalten. Wenige Generationen hinterlassen ein Erbe für die Menschen der Zukunft, die sich das nicht ausgesucht haben. Das Prinzip «Vergraben und Vergessen» mag verlockend erscheinen, doch es löst das Problem nicht. An der Oberfläche müssen wir den Atom Müll vor menschlichen Einflüssen schützen. Der Untergrund soll das lösen, was wir Menschen nicht vermögen. Aber ist ein Endlager unter dem Boden dauerhaft die sicherste Lösung? Können wir die Verantwortung für die nachkommenden Generationen während einer Million Jahre übernehmen? Angesichts dieser langen Zeitspanne können wir uns Zeit nehmen. Wir wissen nicht, welche Erkenntnisse die Forschung in den nächsten Jahren haben wird, aber wir sind sicher, dass nichts stillstehen wird. Es geht im Prozess auch nicht um Fairness, auch wenn das oft behauptet wird. Es geht in erster Linie um Sicherheit – für jetzt und für eine sehr lange Zeit.

Thomas Feer vom Verein KLAR! Schweiz

Thomas Feer überbrachte die Solidaritätsbotschaft aus der Region Zürcher Weinland, welche seit Jahren gegen die Endlagerpläne in Zürich Nordost kämpft. Noch in den 1990er Jahren galten der Wellenberg (NW) und Zürich Nordost als fast gesicherte Deponiestandorte für radioaktive Abfälle, doch diese Pläne wurden wegen Sicherheitsbedenken verworfen. Dies zeigt, dass ein Tiefenlager scheitern kann, wenn kein geeigneter Standort gefunden wird. Im aktuellen Verfahren sind uns keine Abbruchkriterien bekannt. KLAR! Schweiz setzt sich deshalb für höchste Sicherheitsstandards und gegen atomare Risiken ein – das heisst auch, für die Abschaltung der AKW, die weiterhin hochgefährlichen Atom Müll produzieren.

Rosi Drayer, Gemeinderätin SPD von Hohentengen

Frau Drayer brachte es auf den Punkt, genauer auf den «Roten Punkt». In Deutschland bedeutet der «Rote Punkt», dass ein Baugesuch alle Verfahren durchlaufen und alle Auflagen erfüllt hat. Doch die Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuchs für das geologische Tiefenlager im Haberstal ist noch weit vom «Roten Punkt» entfernt, denn

- 1) Es gibt gute Gründe, die gegen diesen Standort sprechen – diese müssen die Behörden, insbesondere das ENSI, prüfen, genehmigen und schlussendlich verantworten.
- 2) Der Standort braucht den Beschluss des Bundesrats; der ist noch nicht gefasst.
- 3) Das Parlament hat diesen Beschluss noch nicht validiert.
- 4) Das mögliche Referendum hat den Standort nicht bestätigt.

Diese vier Schritte sind keine Formalien. Es entsteht der falsche Eindruck, der «Rote Punkt» sei bereits gesetzt, was Rosi Drayer sehr kritisch als Voreingenommenheit sieht.

Harald Jenny, Unabhängiges Begleitgremium Schweizer Tiefenlager (USBT)

Die Botschaft von Harald Jenny wurde für ihn verlesen, da er gleichzeitig zu einem Interview bei Tele Züri geladen war. Er wies darauf hin, dass laut ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) ein absoluter Einschluss radioaktiver

Stoffe über lange Zeiträume gar nicht möglich ist. Selbst Nagra-Berechnungen zeigen, dass nach 10'000 Jahren toxische und radioaktive Materialien aus den Behältern und Barrieren an die Oberfläche diffundieren. Das sei unverantwortlich. Ein Tiefenlager löst das Problem künftiger Generationen nicht – es verschärft es. Das Ansinnen der AKW-Betreiber, ihren Abfall einfach durch „Vergraben und Vergessen“ loszuwerden, muss daher ausdrücklich mit „NEIN, SO NICHT!“ beantwortet werden. Denn einmal vergraben, tragen der Bund und somit die Öffentlichkeit das gesamte Risiko – sicherheitstechnisch und finanziell.

Nils Epprecht von der Schweizer Energiestiftung

Herr Epprecht erklärte, dass mit der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches ein Gesellschaftsprojekt mit dem Namen «Wie gehen wir mit dem gefährlichen Erbe der Atomkraft um?» gestartet wurde²⁾. Die Nagra, eine private Gesellschaft im Besitz der AKW-Betreiber, plant nach fast 50-jähriger Suche voller Misserfolge und Neustarts nun das Projekt «Nördlich Lägern». Es wird statt wie ursprünglich geschätzt 100 Millionen nun eher über 10 Milliarden Franken kosten. Unklar bleibt, ob es tatsächlich den versprochenen, sicheren Einschluss hochgefährlicher Stoffe für die kommenden Jahrtausende gewährleistet.

Die Bevölkerung darf ein wenig mitreden, aber nicht mitentscheiden. Es gibt nur die Möglichkeit des fakultativen Referendums auf nationaler Ebene. Noch schlimmer: Der Bundesrat beabsichtigt, den Bau neuer Atomkraftwerke wieder möglich zu machen. Wiederum, ohne dass die Abfallfrage geklärt ist. Es ist daher Pflicht, nicht schweigend zuzusehen.

Verein CEDRA

Der Verein CEDRA³⁾ sandte uns folgende Solidaritätsbotschaft: Der Verein kämpft gegen das französische Atommüll-Endlager in Bure (F), dessen Stollenanlagen gesamthaft länger sein werden als die Tunnel der Pariser Metro. Enteignungen, Verlust von grossen Flächen Landwirtschaftsland und Umweltschäden sind zu erwarten. Atommüll-Endlagerung bedeutet ständige polizeiliche Überwachung. Die Bevölkerung in der Region wird ständig kontrolliert und überwacht, teilweise mit massiver Polizeigewalt konfrontiert. Die Meinungen werden unterdrückt. CEDRA kämpft zudem für ein Ende der Atomenergie wegen den damit verbundenen Risiken und wegen der Abhängigkeiten von Unrechtsstaaten. CEDRA rät uns, nicht aufzugeben, weiterhin zur Endlagerung zu forschen und NEIN! zur Tiefenlagerung zu sagen – da Tiefenlagerung jetzt und in Zukunft keine Lösung sein wird.

Brigitte Dorn, Vorstandsmitglied des Vereins LoTi



Öffentlicher Vortrag

Eine Reise durch die Politische Landschaft der Tiefenlagersuche

Wann: 12.03.2025, 20:00–21:00

Wo: Zürcherstrasse 8, 8174 Stadel, im alten Schulhaus (Bushaltestelle Stadel, Zentrum)

Vortrag von Dr. Rony Emmenegger, wissenschaftlicher Projektleiter am Department of Geosciences der Universität Freiburg

Anschliessend Fragerunde und Diskussion

Rony Emmenegger ist Politgeograf und erforscht seit 2019 die politischen Prozesse der Tiefenlagersuche in der Schweiz aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Seine Forschung ist Teil eines vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) unterstützten Projekts mit dem Titel „Politische Geologie der Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle“. Das Projekt untersucht, unter seiner Leitung, die politische Rolle der Geologie in den Tiefenlagerprojekten in der Schweiz, Schweden und Deutschland.

Weitere Informationen zu Inhalt und Ziel des Projekts sind auf der SNF-Homepage zugänglich: (<https://data.snf.ch/grants/grant/220005>).

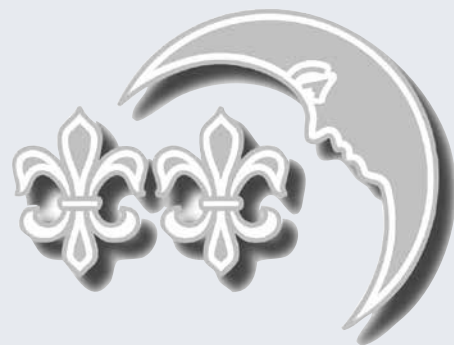
Fussnoten

¹⁾ Ausschuss der Kantone (AdK): Kantonaless Gremium im Sachplan geologische Tiefenlager, das sich aus Regierungsvertretern der Standortkantone Zürich und Aargau und dem unmittelbar betroffenen Nachbarkanton Schaffhausen zusammensetzt.

²⁾ Die gesamte Rede von Nils Epprecht kann auf der Webseite der Schweizerischen Energiestiftung nachgelesen werden.

³⁾ CEDRA: Collectif Contre l'Enfouissement des déchets Radioactifs aus Bure (Frankreich). Bure liegt etwa vier Stunden Autofahrt von Stadel entfernt im Departement Grand Est.

Stadler Dorfblatt



STADEL IM SCHNEE